

II— 1813 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates**XIV. Gesetzgebungsperiode****Nr. 730 II****1977 -01- 20****Anfrage**

der Abgeordneten MELTER, Dr. SCHMIDT
 an den Bundesminister für Verkehr
 betreffend Einsatz von Personal bei der Post

Die Absicht der Bundesregierung, in allen Bereichen 1 % des Personals einzusparen, hat naturgemäß dort Anlaß zur Kritik gegeben, wo schon bisher ein unterdurchschnittlicher Personalstand vorhanden war. In solchen Bereichen muß diese Vorschrift natürlich zu einer schweren Mehrbelastung führen, sofern nicht Rationalisierungsmaßnahmen einen Ausgleich bringen. Diese Rationalisierungsmaßnahmen sind in Vorarlberg insbesondere deshalb – zumindest im Bereich der Paketpost – nicht möglich, weil das Umleitelpostamt Wolfurt noch nicht zur Verfügung steht und derzeit allem Anschein nach auch keine Mittel für die Erstellung dieser Einrichtung im Budget vorgesehen sind.

Die Personaleinsparung wird begründet mit der notwendigen Einsparung an Aufwendungen. Dazu steht eine gewisse Praxis in eigenartigem Widerspruch. Diese besteht darin, Beamte aus anderen Bundesländern zu versetzen und vorübergehend bestimmten Postämtern zuzuteilen. Derartige Zuteilungen erscheinen umso merkwürdiger, als sie jeweils nur für 30 Tage erfolgen, wobei dann eine Weiterversetzung vorgenommen wird. Es ist klar, daß durch Einschulung zwangsläufig Arbeitszeit verlorenginge und daß außerdem im Zusammenhang mit ständigen Versetzungen enorme zusätzliche Kosten (Trennungszulagen etc.) entstehen. Mithin ist der Hinweis auf Einsparungen alles andere als überzeugend.

Wiederholt wurde in den Vorarlberger Nachrichten, unter anderem auch unter dem Titel "Schildbürgerstreich", über diese für viele Postbedienstete, aber auch für die Bevölkerung unzumutbaren Verhältnisse, berichtet.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für Verkehr die

Anfrage:

1. Wie hoch ist der Personalstand bei den Postbediensteten in den einzelnen Bundesländern?
2. Auf wieviele Einwohner entfällt - aufgeschlüsselt nach Bundesländern - ein Postbediensteter?
3. Welches Verhältnis ergibt sich - ebenfalls aufgeschlüsselt nach Bundesländern - aus einer Gegenüberstellung der Postbediensteten mit den von der Post erzielten Einnahmen (Briefmarken, Telefon-, Telegramm- und Fernschreibgebühren)?
4. Wieviele Postbedienstete sind derzeit Dienststellen zugeteilt, die sich nicht im Bundesland des Wohnsitzes befinden?
5. Wie hoch sind die dadurch je Person im Durchschnitt erwachsenen Aufwendungen (Entfernungszulage etc.)?
6. In welchem Umfang können durch solche Zuteilungen Personaleinsparungen erfolgen?
7. Wie hoch ist die Entlohnung eines neu eingestellten Briefträgers?
8. Wieviele Postbedienstete mit Wohnort Tirol wurden im Jahr 1976 im Bundesland Vorarlberg zum Einsatz gebracht, und in welcher Höhe - aufgeschlüsselt nach Dienststellen - sind dadurch zusätzliche Kosten erwachsen?
9. Wieviele Bedienstete wurden im Bundesland Vorarlberg bis 31.12.1976 nur vorübergehend beschäftigt, und welcher Personalaufwand ist dadurch im Durchschnitt je Person pro Monat erwachsen?
10. Wieviele Postbedienstete haben in Vorarlberg aus den Vorjahren noch Urlaubsansprüche und in welchem Gesamtausmaß?
11. Wieviele Postbedienstete haben noch zwei Wochen oder mehr Urlaubsanspruch?
12. Wieviele beantragte Urlaube wurden wegen Personalmangels verweigert?
13. Wie werden Sie sicherstellen, daß auch den Postbediensteten der ihnen gesetzlich zustehende Urlaub in jedem Jahr gewährt wird, in welchem der Anspruch besteht?